

NEWS-TICKER

Zahnbehandlung durchaus mit Tourismus vereinbar

Portugal setzt auf Dentaltourismus

Die Zahnmedizin wird erklärter Schwerpunkt beim Medizintourismus in Portugal. Darauf weist die Portugiesische Zahnärztekammer hin – und ermuntert hiesige Zahnkliniken, auf dem Feld aktiv zu werden. „Das Projekt ‚Medizintourismus in Portugal‘ zielt darauf ab, die Bereitstellung medizinischer Dienstleistungen im Ausland deutlich zu steigern und unser Land als medizinisches Tourismusziel mit hoher klinischer und technologischer Qualität zu stärken“, teilte die Portugiesische Zahnärztekammer (Ordem dos Médicos Dentistas, OMD) Ende Juni mit. Nachdem zunächst die Schwerpunkte Kardiologie, Dermatologie, Onkologie, Rehabilitation, Plastische Chirurgie, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde und Orthopädie ausgewählt wurden, sei es nun an der Zeit, in die Zahnmedizin einzusteigen. Bis 2025 will der Health Cluster Portugal (HCP) für das Projekt 100 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung stellen. Zusammen mit der Tourismusbehörde, der Außenhandelskammer und dem Verband Privater Krankenhäuser hat HCP ein Portal erstellt, um die Kliniken im Ausland bekannt zu machen.

Quelle: OMD

Vermarktung von ungesunden Lebensmitteln

Norwegen verbietet Kinder-Werbung

Anfang Juni hat Norwegen beschlossen, ab 2024 Werbung für ungesunde Lebensmittel und Getränke für Kinder unter 18 Jahren zu verbieten. Wie das Gesetz zustande kam, schildert die Norwegische Zahnärztekammer. Der weltweite Trend zu vermehrter Adipositas sei auch in Norwegen zu spüren, wo eines von fünf Kindern übergewichtig oder fettleibig sei, berichtet die Norwegische Zahnärztekammer (NDA, norske tannlegeforening). „Die damit verbundenen Gesundheitsrisiken werden endlich auch von unseren Politikern erkannt, und wir sind sehr stolz darauf, dass Norwegen offenbar das erste Land ist, das diese Art von Werbung für Kinder unter 18 Jahren auf Empfehlung der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation verbietet“, sagt ein Kammersprecher in einem Interview mit dem Weltzahnärzteverband FDI. In den letzten Jahren habe man eine zunehmende Vermarktung von ungesunden Lebensmitteln und Getränken beobachtet, die sich explizit an Jugendliche und Kinder richte und hauptsächlich über soziale Medien erfolge – Kanäle, in die Eltern wenig Einblick und Kontrolle haben. Durch die neue Gesetzgebung könne dieses Marketing reguliert und eingeschränkt werden.

Quellen: NDA, FDI

EU-Kommission wälzt Pläne

Digitalisierung des gelben Impfpasses

Die EU-Kommission hat Pläne zur Digitalisierung des gelben Impfpasses der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bekräftigt. Dies sei Teil eines globalen digitalen Netzwerks für die Gesundheitszertifizierung der WHO, das auf den digitalen EU-Impfnachweisen aus der Coronapandemie basiere, schrieben die Kommissare für Justiz, Didier Reynders, und Gesundheit, Stella Kyriakides. Im Juni hatten die Brüsseler Behörde und die Weltgesundheitsorganisation eine Partnerschaft im digitalen Gesundheitswesen verkündet. Die WHO führt das Zertifizierungsnetzwerk ein, „um die globale Vorsorge gegenüber zunehmenden Bedrohungen für die Gesundheit zu stärken“, hieß es damals von der Kommission. Dafür soll die WHO das System hinter den EU-Zertifikaten für Impfungen oder Genesung, einschließlich seiner Grundsätze und Technologie, übernehmen. „Sollte also eine neue Gesundheitsbedrohung auftauchen, werden wir in der Lage sein, schneller darauf zu reagieren“, schrieben die Kommissare nun.

Quelle: Zeit Deutschland



© Henrik Dolle – stock.adobe.com

Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums DKFZ

Vitamin D bei Krebs?

Eine Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) in Heidelberg hat neue Erkenntnisse über den Zusammenhang von Vitamin D und Krebs ans Licht gebracht. Die Forschenden fanden heraus, dass die Beigabe von Vitamin D direkte Auswirkungen auf die Sterblichkeit bei einer schweren Krebserkrankung haben kann. Demnach könne die Einnahme von Vitamin D die Krebs-Sterberate senken, teilt das DKFZ mit. Die möglichen Effekte von Vitamin-D-Supplementierung auf die Entstehung und den Verlauf von Krebs wurden bereits in mehreren Studien untersucht. Die Forschenden des DKFZ hatten bereits 2021 fünf Untersuchungen analysiert. Das Ergebnis damals war vielversprechend: Stützt man sich auf ein Hochrechnungsmodell, soll die Sterblichkeitsrate um ganze 13 Prozent verringert werden können. Somit könnte der Tod von rund 30.000 Krebspatienten, alleine in Deutschland, verhindert werden. In der neuesten Meta-Analyse hat das DKFZ-Team 14 Studien der höchsten Qualitätsstufe ausgewertet. Die Ergebnisse wurden 2023 im Fachjournal *Ageing Research Reviews* veröffentlicht.

Quelle: DKFZ

Studie aus Großbritannien

Zähne konservieren Antikörper über Jahrhunderte

Zähne können intakte Antikörper offenbar über Jahrhunderte bewahren. Wissenschaftler erhoffen sich dadurch, die Geschichte ansteckender Krankheiten erforschen zu können. In der aktuellen Studie der Universität Nottingham und des University College London stellten die Wissenschaftler fest, dass Antikörper, die aus 800 Jahre alten mittelalterlichen menschlichen Zähnen gewonnen wurden, stabil sind und immer noch virale Proteine erkennen können. So wiesen die Antikörper immer noch eine Immunreaktivität gegen das (heutige) Epstein-Barr-Virus auf. Studienleiter Prof. Robert Layfield und sein Team erweiterten dabei die Untersuchung alter Proteine, die als Paläoproteomik bezeichnet wird. Sie ermöglicht es Experten zu analysieren, wie sich die menschlichen Antikörperreaktionen im Laufe der Geschichte entwickelt haben. Der Paläoproteomik ist es beispielsweise bereits gelungen, alte Proteine aus dem 1,7 Millionen Jahre alten Zahnschmelz eines alten Nashorns zu bergen und zu identifizieren.

Quelle: zm Deutschland

Klinische Forschung

Viele Ergebnisse werden spät oder nie veröffentlicht

Klinische Studien sind oft sehr aufwendig, können mehrere Millionen Euro kosten, und sie erfolgen an Menschen als Probanden. Ethikstandards wie die Deklaration von Helsinki des Weltärztebunds sehen daher vor, dass die Ergebnisse veröffentlicht werden müssen. Ein Team des an der Charité angesiedelten Berlin Institute of Health (BIH) stellt nun im Fachmagazin *PLOS Medicine* eine webbasierte Analyse mit Daten zu Studien vor, an denen 35 Unikliniken beteiligt sind – seit März ist sie auf quest-cttd.bihealth.org verfügbar. Hierbei berücksichtigt sind Studien, die zwischen 2009 und 2017 abgeschlossen wurden. „Die Universitäten wissen selber nicht, wie es bei ihnen über alle Studien hinweg aussieht“, sagt Daniel Strech vom BIH. Diese seien zunehmend sensibilisiert, nachdem sie merken mussten, dass sie selbst gesetzliche Pflichten manchmal nicht erfüllten; medizinische Firmen seien hier schon länger deutlich besser. Wie die Forscher schreiben, steige die Transparenz über die untersuchten Jahre. „Wir haben nichts gefunden, wo es eine negative Entwicklung gibt“, sagt Strech. Die Unikliniken in Würzburg, Rostock und des Saarlands führen laut der Analyse in Bezug auf den Anteil publizierter Ergebnisse innerhalb von fünf Jahren nach Studienende. Auf hinteren Plätzen liegen jene in Dresden, Erlangen, Halle und Aachen, wo nur für rund 50 bis 60 Prozent der Studien Veröffentlichungen vorlagen. Ein Sprecher von Letzterer sagt, Fragen zur Transparenz seien berechtigt: Die Medizinfakultät ermutige alle Prüfärzte, Ergebnisse zu veröffentlichen, auch die Ethikkommission erinnere hieran. Teils benötigten Publikationen längere Zeit, manche Studien müssten abgebrochen werden, da sie nicht genug Probanden rekrutieren könnten. Laut der Universität Erlangen-Nürnberg seien Studienergebnisse teils später publiziert worden.

Publikation sei ein wissenschaftliches und ethisches Gebot, erklärt ein Sprecher der TU Dresden. Alle 18 derzeit laufenden klinischen Prüfungen hätten das „Ziel einer Veröffentlichung“. Dies brauche Zeit. Viele Studien würden zunächst nicht angenommen, dann würden neue Publikationswege gesucht. Für Studien zu Medikamenten und Medizinprodukten, bei denen die Standards strenger sind, gebe es Arbeitsanweisungen etwa zur Erstellung von Berichten. Auch fordere die lokale Ethikkommission Forscher dazu auf, einen Ergebnisbericht vorzulegen.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung